

Freie Wähler bei der DLRG

KREIS LÖRRACH. Die prekäre Finanzierung der aufwändigen Infrastruktur für funktionierende Rettungsdienste der ehrenamtlich strukturierten Arbeit der DLRG hatte die Ortsgruppe Weil am Rhein kürzlich bei ihrer Hauptversammlung diskutiert, heißt es in einer Mitteilung. Der Weiler Fraktionssprecher der Unabhängigen Freien Wähler, Eugen Katzenstein, hatte das Thema aufgegriffen und ein Treffen der Fraktion im Kreistag mit Einsatzleiter Stephan Matt arrangiert. Eine Rechnung stellen kann die DLRG nur, wenn ein Mensch geborgen oder gerettet und an den Rettungsdienst übergeben wurde. Für einen Fehleinsatz gibt es keine Refinanzierung, erklärte Stephan Matt. Mit der Reichweite der Sicherheits- und Rettungsdienste sei offensichtlich, dass nicht nur die Gemeinden im Kreis gefragt sind, wenn es um das Überleben der Wasserrettung geht, sondern auch der Kreis. Falls die Ortsgruppe einen entsprechenden Zuschussantrag stelle, sagte Fraktionssprecher Martin Bühler Unterstützung im Kreistag zu.

Hilfe für die Grenzbauern

KREIS LÖRRACH. Der Wettbewerb um landwirtschaftliche Flächen in der Grenzregion solle entschärft werden, heißt es in einer Mitteilung. Dies werde in der vom Kabinett beschlossenen Neuauflage der Schweiz-Strategie der Landesregierung als Ziel bekräftigt. Sabine Hartmann-Müller (CDU), Landtagsabgeordnete im Wahlkreis Waldshut und europapolitische Sprecherin der Landtagsfraktion, begrüßte die Neuauflage der Schweiz-Strategie: „Das Problem der ‚Schweizer Landnahme‘ beschäftigt uns seit einigen Jahren. In unserer Grenzregion geht von der Schweizer Seite ein hoher Kauf- und Pachtdruck auf landwirtschaftliche Flächen am Hochrhein aus“, betont sie.

Kurz berichtet

Mehr Hotelnächte im Juni in der Schweiz

BASEL. Die Schweizer Hotellerie hat im ersten Sommermonat mehr Übernachtungen gezählt. Laut der am Dienstag publizierten zweiten Schätzung des Bundesamts für Statistik (BFS) waren es im Juni 1,6 Prozent mehr Übernachtungen als noch vor einem Jahr. Damit hält der positive Trend an. *sda*

Kandidatenzahl steigt schon auf sechs

BASELBIET. Der Liestaler Stadtpräsident Daniel Spinnler (FDP) will bei den Ersatzregierungsratswahlen im Kanton Baselland am 26. Oktober antreten. Dies teilte die FDP Liestal am Freitag mit. Damit steigt die Anzahl der Kandidaten auf sechs. Vorher hatte die FDP Gelterkinden und Umgebung Nadine Jermann für den Baselder Regierungsrat nominiert. Sie schlage die Landrätin und Gemeindepräsidentin von Buus der Kantonalpartei als Kandidatin vor, hieß es. *sda*

Mehr Bildung und weniger Bürokratie

Das Thema Gesundheitsversorgung bewegt viele Menschen im Landkreis Lörrach. Aber auch die Digitalisierung vieler Bereiche wird erwartet und gefordert.

Von Rolf Rombach

LÖRRACH/ALLENSBACH. Was erwarten die Bürger von der nächsten Landesregierung? Diese Frage des Baden-Württemberg-Trends hat unsere Zeitung einigen Bürgern aus unterschiedlichen Lebensbereichen im Landkreis Lörrach gestellt. Sie beklagen Probleme mit der Bürokratie, zum Teil auch bedingt durch die fehlende Digitalisierung in einigen Bereichen des öffentlichen Lebens.

— Dr. Andreas Fluck, Allgemeinmediziner mit eigener Praxis in Wyhlen: Von der Landesregierung erwarte ich dringend Verbesserungen in zwei wichtigen Bereichen: Bildung und Gesundheitssysteme. Die Schulen meiner Kinder sind teilweise katastrophal, da es zu häufigem Unterrichtsausfall kommt. Hier muss dringend in die Bildung investiert werden, um sicherzustellen, dass unsere Kinder eine gute Ausbildung erhalten und die Schulen funktionstüchtig sind.

Als Hausarzt und Notarzt sehe ich mit großer Sorge, dass die Gesundheitssysteme zunehmend zusammenbrechen. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Die Überbürokratie, die teilweise von den Krankenkassen verursacht wird, führt dazu, dass ich weniger Patienten behandeln kann, da ich die Hälfte meiner Zeit mit Dokumentation verbringe. Die Landesregierung sollte zusammen mit dem Bundesministerium dringend Lösungen finden, um die Bürokratie zu reduzieren und die Versorgung der Patienten zu verbessern.

— Birgitt Kiefer, Geschäftsführerin Familienzentrum Rheinfelden: Meine Erwartung: Eine gerechte Verteilung der Gelder,



Die Gesundheitsversorgung bewegt die Menschen im aktuellen BaWü-Trend. Sinnbildlich für die fehlenden Innovationen in diesem Bereich steht das seit vergangenem Jahr leerstehende Kreiskrankenhaus in Rheinfelden.

Foto: Rolf Rombach



wo der Mensch im Vordergrund steht. Wir haben genug Erfahrungen zu den Bedarfen wie Kunst, Kultur, Begegnungsräume. Mein Gefühl ist aber, dass die Finanzen zu Lasten der Menschen umverteilt werden.

Wichtig ist, dass nicht dem rechten Druck nachgegeben

wird. Die Regenbogenfahne ist ein Teil der Menschenrechte so wie das Grundgesetz. Die Anerkennung der Vielfalt sollen wir auch zeigen. Die Regierung muss sich Positionieren für Kinder- und Menschenrechte – da darf sie nicht neutral sein. Zudem bemerke ich zunehmend, dass wir in den Ämtern einen strukturellen Rassismus haben.

— Jörg Mauch, Vorsitzender des Kreisjugendrings und evangelischer Bezirksjugendreferent: Wir müssen die Demokratieförderung in der Jugendarbeit ausbauen. Dazu sollten auch Kommunen wieder mehr Spielräume haben um ihre Aufgaben umzusetzen, damit Geld für die Förderung der Kinder und Jugendarbeit vorhanden ist. Der Bildungssektor muss so sein, dass die Chancengleich-

heit verbessert wird. Die Jugendlichen müssen als unsere Zukunft wahrgenommen und beachtet werden. Wir sind auf die Einwanderung junger Menschen angewiesen. Dafür benötigen wir eine echte Integrationspolitik statt dies zu problematisieren.

— Michael Oertlin, Vorsitzender des katholischen Dekanatsrats: Im Dekanatsrat haben wir uns zuletzt auch mit der Initiative des Erzbistums „Fair.Nah.Logisch“, wo es um fairen und regionalen Einkauf geht, beschäftigt. Dabei wurde deutlich, dass es Befürchtungen gibt, dass der ländliche Raum weiter abgehängt wird. Von einer neuen Landesregierung erwarte ich mir, dass Initiativen für den ländlichen Raum gestärkt werden, dazu gehören für mich auch die Klä-

rung der Situation der Hausarzt- und Notfallversorgung als auch die Zugänglichkeit zu digitalen Behördenplattformen, um Fahrwege zu sparen, was schlussendlich auch wieder dem Klimaschutz hilft.

— Laura Vogelsang, Realschulabsolventin und Mitglied des Jugendparlaments Grenzach-Wyhlen: Was ich mir von der neuen Landesregierung wünsche, wären mehr Angebote zur Digitalisierung in den Schulen und dass weniger Schulden aufgenommen werden. Ich erwarte zwar friedliche Lösungen, aber in der Realität und meiner Erwartung entsprechend wird das Ganze ganz anders aussehen. Natürlich ist das ein schlechtes Beispiel, da es bei solchen Konflikten viele Mitwirkende gibt. Aber versuchen könnte man es trotzdem.

Altkleiderentsorgung auf dem Prüfstand

Der Landkreis soll ein eigenes leistungsfähiges Erfassungssystem für Altkleider aufbauen.

Von Michael Werndorff

Gemeinnützige und privatwirtschaftliche Container

KREIS LÖRRACH. Die Erfassung von Altkleidern durch die Abfallwirtschaft im Landkreis Lörrach soll über die Recyclinghöfe erfolgen. Sammlung und Transport der dort erfassten Textilien sollen ausgeschrieben und vergeben werden, sobald das Kolping-Bildungswerk die Erfassung nicht mehr gewährleisten kann.

Das hat der Betriebsausschuss dieser Tage einstimmig dem Kreistag zum Beschluss empfohlen. Das bisherige Konzept zur Altkleidererfassung beruhte im Landkreis ausschließlich auf den Aktivitäten der gemeinnützigen Organisationen, die auf Basis hoher Erlöse eine umfassende, flächendeckende Altkleiderentsorgung gewährleisten, wie Silke Bienroth, Leiterin des Eigenbetriebs Abfallwirtschaft, darlegte.

Doch wegen sinkender Erlöse bei der Altkleiderverwertung gerät das System in Schieflage. „Wenn andere ihre Arbeit einstellen, dann müssen wir in die Bresche springen“, brachte es Bienroth auf den Punkt.

Im Landkreis gibt es neben den Altkleidercontainern auf den Recyclinghöfen noch gemeinnützige sowie privatwirtschaftliche Container an verschiedenen öffentlichen Standorten. Hier soll sich nichts ändern, die Abgabe kann weiterhin an verschiedenen Standorten im Kreis erfolgen. Bei den gemeinnützigen Organisationen erfolgt der Betrieb nicht mehr über die Organisationen selbst, sondern wurden in der Vergangenheit an ein privatwirtschaftliches Unternehmen übergeben.

Kolping und DRK nutzen die Terec GmbH, die laut Bienroth bislang eine verlässliche Leerung und weitestgehende Sauberhaltung der Standplätze garantiert hat. Indes: Wegen der sinkenden Erlöse wurden Container in den vergangenen Monaten teilweise nicht mehr ausreichend oft geleert.

Überquellende Container und daneben abgestellte Altkleidersäcke führten zu einer zunehmenden Vermüllung der Standorte. Kosten für die Sortierung und Entsorgung von



Der Abzug der dezentralen Textilcontainer macht sich auf den Recyclinghöfen mit entsprechenden Mehrmengen bemerkbar.

Archivfoto: Maximilian Müller

Abfällen verschlechterten die Wirtschaftlichkeit der Altkleidererfassung.

Einige Standorte wurden bereits aufgelöst

In einigen Gebieten im Landkreis Lörrach wurden daher bereits Standorte aufgelöst. Der Abzug der dezentralen Textilcontainer mache sich auf den Recyclinghöfen mit entsprechenden Mehrmengen bemerkbar. Mit einer Erhöhung der Anzahl an Containern und des Abfuhrintervalls hätten die

zunehmenden Textilmengen aber bisher zum großen Teil abgefangen werden können, berichtete die Leiterin des Eigenbetriebs.

Ihr zufolge müsse der Kreis die Erfassung der Alttextilien gewährleisten, und zwar unter Berücksichtigung schwankender Mengen und derzeit massiver Unsicherheiten bei der Vermarktung. Weil die Recyclinghöfe im Landkreis etabliert und Anlieferungen von Altkleidern in Synergie mit anderen Abfällen erfolgen können, sei diese

Option die schnellstmöglich umsetzbare in Verbindung mit den geringsten Kosten. Auf den Höfen seien nämlich die Standplätze vorhanden, eine Kontrolle Sorge zudem für eine bessere Qualität und weniger Fehlwürfe, auch verhindere sie die illegale Ablagerung. Und: Containerleerung und der Transport der Textilien seien auf wenige Standorte konzentriert, erläuterte sie das Modell. Klaus Eberhardt (SPD) begrüßte den Beschluss. Die Zustände hätten sich stetig verschlechtert.